

zu Grunde gehen, wenn der Zoll, der Consequenz des Systems nach, später wieder wegfallen muß.

Man hofft, durch jenes System die norddeutschen Staaten zu gewinnen. Kann auch diese Tendenz eine Fortschritt sein, denn jene Staaten, welche der Vertheuerung abhold sind, werden sich nur durch erniedrigte, nicht durch erhöhte Zölle gewinnen lassen. Man hofft davon für die deutsche Schiffahrt, hinsichtlich deren man immer und immer wieder erinnern muß, daß sie, unter vielfach mislichen Verhältnissen, ohne irgend einen Schutz oder Treibhausmaßregel, sich bereits zur größten Handelsmarine in Europa aufgeschwungen hat nächst der britischen, der wir nie gleichkommen werden, da wir kein Inselland sind, folglich das maritime Interesse nicht in gleichem Maß alle Theile des Landes durchdringt, und da wir nicht das ganze Jahr freies Meer haben. Deutschland steht in seiner Schiffszahl, selbst ohne Oesterreich mitzurechnen, über Frankreich mit seiner Küstenlage am Atlantischen Ocean und am Mittelmeere, mit seiner Colonien, seiner Kriegsmarine, seinen ungeheuren Marine- und sonstigen Budgets, den Billionen, die es seit Ludwig XIV. an die Auf-treibung seiner Seemacht gewendet hat, und seinen Differential- und sonstigen Zöllen. Die Zahl der Segelschiffe nur der norddeutschen Staaten, selbst mit Ausschluß der kleinen Fahrzeuge, belief sich Ende 1844 auf 3065 mit 264,586 Tonn zu 4000 Pf. (Bei der griechischen Marine werden sehr kleine Fahrzeuge mitgezählt, und trotz dem und trotz ihrer Aufschwunges und ihrer großen natürlichen Begünstigung steht sie weit hinter der deutschen, wenn man Oesterreich mitrechnet.)

Nun so muß man alle mögliche Mittel anwenden, um diesen hoffnungsreichen Zustand immer höher zu steigern. Alle möglichen Mittel? Nein! Nur alle richtigen Mittel, und das sind nur die der Freiheit. Wie sehr sie es sind, das hat ganz vor kurzem die Handelskammer von Bordeaux in einem wahrhaft classischen Antwortschreiben gezeigt, worin sie das Anerkennen der Schuttpartei, sie in die große Schuttrage aufzunehmen, welche, ganz wie unsere Schutzzölner, die Verflechtung von Landbau, Industrie und Handel unter ihre gemeinsamen Fittige nimmt, völlig ablehnt und, in specieller Beantwortung aufgestellter Fragen, unwiderleglich darthut, daß Frankreichs Handel, Schiffahrt und Seemacht nur unter dem Drucke des Schutzsystems leiden und nur durch freien Verkehr den Aufschwung erringen können, den man ihnen vergebens, unter ungeheuersten Opfern, erkünsteln will. Dieses hochwichtige, vom 10. April datirte Actenstück ist im Aprilhefte des Journal des Economistes zu finden, und möge Niemand über diese Dinge urtheilen, ohne es gelesen und beachtet zu haben. Auch der in demselben Heft enthaltene Aufsatz des Hrn. Anisson Duperron über den Vertrag von Methuen und den englisch-französischen Handelsvertrag von 1786 ist sehr lesenswerth und zerstört manche verjährte Vorurtheile, dient auch namentlich zur Würdigung des Differentialzollsystems.

Gießen, 9. Jun. Gleich den Provinzial-Hauptstädten Darmstadt und Mainz sowie den rheinhessischen Städten Bingen und Worms hat auch unsere Stadt sich beeifert, an Hrn. v. Sager n gelegentlich der besondern Districte alsbald eine Adresse zu erlassen. Sie wurde, um keine Zeit zu verlieren nur mit etwa 50 Unterschriften versehen, in diesen Tagen an ihn abgefesdet; es heißt darin:

„Sie sind, hochgeehrter Mann, durch eine in Thron bekannten Schrift über die Garantien für die rheinhessische Rechtsverfassung enthaltene Aeußerung gegen den Hofgerichtsrath und Landtagsabgeordneten Georgi aus Gießen, von diesem zum Zweikampfe gefordert worden, und es hat derselbe außerdem in einer der Großherzogth. Hessischen Zeitung vom 3. Jun. abgedruckten sogenannten „öffentlichen Erwiderung“ versucht, Sie vor dem hessischen Volke zu beschimpfen. Bürger dieses hessischen Volkes, Bewohner der Stadt, in welcher Hr. Georgi seit vielen Jahren seinen Wohnsitz hat, halten wir uns sowohl für berechtigt als für verpflichtet, Ihnen hiermit zu erklären, daß Dasjenige, was Hr. Georgi gegen Sie vorbringt, ganz und gar nicht im Stande ist, die tiefbegründete Achtung, die innige Verehrung zu schwächen, zu erschüttern, die wir mit der Mehrzahl der Bewohner von Gießen, ja wie können sagen mit der Mehrzahl der Bürger des hessischen Staats für Sie hegen und empfinden. Ihr Rath, verachteter Mann, hat sich in anderem, in würdigerer und männlicherer Weise erprobt als in dem Eingehen in einen von unserer Zeit als barbarisch und unmoralisch verdamnten, von unserer Strafgesetzgebung als verbrecherisch bezeichneten Zweikampfe; und wir würden lebhaft beklagen müssen und in keiner Weise gerechtfertigt sehen können, wenn Sie, hochgeschätzter Mann, ungedenk der Hoffnungen und Erwartungen, welche wol der größte Theil des hessischen Volkes an Ihre Wiederzutreten in die zweite Kammer der Landstände zu knüpfen berechtigt ist, ungedenk der Pflichten, die Ihnen dadurch obliegen, sich zum Zweikampfe stellen wollten“ u. u.

— Aus **Samburg** vom 8. Jun. berichtet die Kölnische Zeitung von einem am 7. Jun. zwischen der vor dem Thor exercirenden Bürgergarde und einigen Polizeiofficianten vorgekommenen ernstlichen Conflict. Anlaß des Streites wäre die brutale Behandlung gewesen, welche einer mit Wurst und Getränk handelnden Markensenderin unter den Augen der bewaffneten Bürger angethan worden sei, weil die Frau Pferdefleisch verkauft haben sollte. Die Bürgergardisten hätten sich derselben angenommen, und als die Polizeileute sich deren Intervention verboten und mit ihren Stöcken drohten, hätten die Bürgergardisten einen mit seinem Stöße zu Boden geschlagen, der aber noch entkommen sei, den andern aber verhaftet und in die Wache gebracht.

Preußen.

Berlin, 13. Jun. Die Vereinigten Curien begannen am 10. Jun. die Verhandlung über die königl. Proposition wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, Befreiung der Klassensteuer und Einführung einer Einkommensteuer betreffende Gutachten. Es hatte sich gegen die Einkommensteuer erklärt. Der Abg. Hansmann sprach sich zwar für diese aus, hielt aber die Sache wegen des dagegen bestehenden Widerwillens nicht für ausführbar und schlug vor, für nächsten Landtag einen annähernden Gesetzentwurf zu erbitten. Nachdem der Finanzminister die Ansicht der Regierung über die Sache vorgelegt, sprach der Abg. Krause gegen, der Abg. Camphausen in einer längern, hauptsächlich auch die Verhältnisse der Proletarien mit Wärme erfassenden Rede für die Einkommensteuer, glaubte auch, daß sie und die in ihr liegende Selbstbestimmung nicht bloß eine Folge, sondern auch eine Bedingung politischer Bildung sei. Abg. Dittich machte einen dem Hansmann'schen Plan entsprechenden Vorschlag, und im ähnlichen Sinne sprach sich Abg. Baum aus. Abg. Kuschle für Beibehaltung der Mahl- und Schlachtsteuer; Abg. Tschode gegen die Proposition; Abg. v. Gerlach gegen fortwährende Einkommensteuer; Abg. Stöpel gegen die Proposition. Die Tagespresse habe die Maßregel nur betrieben, um den untern Klassen zu schmeicheln. Er halte die Mahl- und Schlachtsteuer für den gelungensten Theil der Steuergesetzgebung und beklage nur, daß sie sich nicht über das ganze Land ausdehnen lasse. Sie sei ihm immer lieber und werther geworden. Noch verbreitete er sich über ihre Vorzüge vor allen andern, auch indirecten Abgaben. Ganz anderer Meinung war der Abg. Winkler, sprach sich aber übrigens im Sinne des Abg. Dittich aus. Zur Vertheidigung der Proposition wie zur Berichtigung mehrerer factischen Angaben sprach der Generalsteuerdirector mehrmals. Abg. Möwes sprach sehr zur Vertheidigung der Mahl- und Schlachtsteuer. Ebenso Hr. Sperling von Königsberg, dessen Rede wegen mehrfacher Abschweifungen viel Unruhe erregte. Er mischte eine Beschwerde der Stadt Königsberg ein, und als darauf der Landtagscommissar die Versammlung fragte, ob sie eine Erwiderung erwarte, hieß es fast einstimmig: Nein. Abg. Becker für Beibehaltung der jetzigen Einrichtung. Graf Renard in längerem Vortrage, welcher ein vielstimmiges Bravo ertönte, für die Einkommensteuer. Abg. Siebig für den Hansmann'schen Vorschlag. Graf Sreissenau gegen die Einkommensteuer, weil keine Nothwendigkeit vorliege. Abg. Dorenberg fand die Mahl- und Schlachtsteuer wegen der Thorcontrole lästig, die Einkommensteuer aber noch bedenklicher, und sprach für veränderte Klassensteuer; mancher Steuerpflichtige würde jetzt gern mehr geben; es sei aber keine Klasse mehr vorhanden. Auf ähnliche Vorschläge gingen auch die Aeußerungen des Abg. Diethold, Krüger, Graf Hellendorf, v. Byle. Der Abg. Diergardt war dagegen für die Einkommensteuer, unter Beziehung auf England. Gegen den Gesetzentwurf erklärten sich noch die Abgg. Sommerbrodt und Büning; für die Einkommensteuer sprach v. Rath, und war überzeugt, sie werde noch ein Maß werden. Dagegen war der Abg. Sier lediglich für Ausbildung der Klassensteuer und die Erleichterung des Ueberganges von der Mahl- und Schlachtsteuer zu ihr. Der Abg. Hanisch für das Princip der Einkommensteuer; ebenso der Abg. Lindner, mit Bezug auf das Hansmann'sche Amendement und die Rede des Hrn. Camphausen; Abg. v. Brünneck für die Proposition, jedenfalls aber für Erleichterung der untern Klassen.

In der Herren-Curie begann am 9. Jun. die Berathung über die Petition der Stände-Curie wegen Vorlegung des Hauptfinanzetats an eine Abtheilung. Die Mehrheit der Abtheilung stimmte bei. Der Finanzminister sprach besonders dagegen, daß getrennte Abtheilungen in jeder Curie dafür bestellt werden sollten, was Graf Arnim in längerer Rede vertheidigte. (N. P. Z.)

Königsberg, 10. Jun. Unter den hiesigen Juden ist ein bitterer Haß und Streit ausgebrochen, indem ein Theil derselben, die sogenannten Rechtsgläubigen oder Orthodoxen, sich mit aller Macht gegen die Einführung des sonntäglichen und deutschen Gottesdienstes auflehnten. Diese Partei scheint in der Polizeibehörde einen Alltzen bekommen zu haben, da, wie man hört diese an den Vorstand der jüdischen Gemeinde geschrieben hat und den sonntäglichen Gottesdienst aufgehoben wissen will, sich stützend auf ein altes Ministerialrescript, nach dem den Juden jede Abweichung von der einmal üblichen Form des Gottesdienstes untersagt ist. (Nr. 165.) Dem zufolge fiel bereits am vorigen Sonntage der Gottesdienst in der Synagoge aus.

Am 7. Jun. fanden die Wahlen neuer Stadtverordneten statt, die nicht ganz nach Willen und Wunsch der sogenannten Fortschrittmänner ausfielen. Unter andern sollte Walebrode für den achten Stadtbezirk gewählt werden, fiel aber mit großer Stimmenmehrheit durch. An demselben Tage feierte der hiesige Enthaltensverein sein zehnjähriges Bestehen, welches durch die Gegenwart des deutschen Mächtigkeitsapostels Baron v. Selb verschönert ward. Hr. v. Selb besitzt eine große Beredsamkeit, und viele der Anwesenden, Frauen, Kinder und Männer, traten am Schlusse seiner Rede dem Vereine bei.

Wegen Fr. Grünhagen, der als Anführer der Tumultuanten in Streit verhaftet wurde und zu sehr schwerer Strafe verurtheilt sein soll,

hal
mi
ha
B
ist
De
and
bed
und
für
mög
Ab
den
Kül
hen
dassel
Es
zu
Jun.
dort
die
seine
Perso
K
sen
einst
jungen
den
der
auch
fremde
Hung
Forme
mal
von
und
von
Gärtne
eines
Dorf
Bestit
Zamme
schenfre
des
bis
Grundb
in
baren
zu
mit
den
haufen
tung
vord
rön,
Arbeit
hat
so
wie
nen
ben.
schlechter
gewiß
den
unschätz
Grunde.
bei
zu
haben
heische
kommen
den
vorjährig
Pläne
übergeben
tigkeit